**Frage 2: Sind Sie dafür, dass die Stadt die Stadtbau mit erheblich mehr finanziellen Mitteln (Kapitalaufstockung) und mit Grundstücken, Bürgschaften und mehr Personal unterstützt?**

| Partei | Ja/nein | Antwort |
|---|---|---|
| **CSU** | nein | Kapital und Personal der Stadtbau GmbH wurden in den vergangenen Jahren bereits erhöht wie aus den Geschäftsberichten ersichtlich.<br>***Faktencheck:*** *Falsch! Das Eigenkapital wuchs zwar durch Wertsteigerung der vorhandenen Gebäude und durch den Wert einer Sacheinlage von 3 Grundstücken durch die Stadt. Eine Kapitalaufstockung mit Finanzmitteln ist nicht erfolgt. Das gezeichnete Eigenkapital der Stadt beträgt unverändert 13,5 Millionen €. Ohne Eigenkapital wäre die Stadtbau Pleite* |
| **SPD** | ja | ja |
| **Grüne** | ja | Ja |
| **ÖDP** | ja | ja |
| **Brücke** | ja | Grundsätzlich befürwortet die Fraktion Brücke die Stärkung der Stadtbau GmbH durch finanzielle Mittel, Grundstückseinlagen, Bürgschaften und ausreichend Personal. Bereits unter OB Wolbergs wurde die Stadtbau durch umfangreiche Grundstückseinlagen und Kapitalaufstockungen so stark ausgestattet wie seit den 1990er Jahren nicht mehr. Die Schaffung städtisch eigenen Wohnraums ist für uns ein zentrales Ziel. Die Stadt soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten so viel eigenen Wohnraum schaffen, wie es finanziell, personell und baurechtlich umsetzbar ist. Gleichzeitig ist es notwendig, auf allen Ebenen des Wohnungsmarktes für zusätzlichen Wohnraum zu sorgen – auch durch die Einbindung privater und genossenschaftlicher Akteure. Der Anspruch der Menschen auf Wohnraum ist ein Grundrecht. Deshalb setzt sich die Brücke Fraktion für eine kommunale Wohnungspolitik ein, die auf diesen mehreren Ebenen ansetzt: Denn jede neu geschaffene Wohnung, unabhängig vom Preissegment, trägt zur Entlastung des gesamten Regensburger Wohnungsmarktes bei. Eine funktionierende Wohnungspolitik muss daher sowohl den kommunalen Wohnungsbau als auch den privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbau ermöglichen, um so den Druck auf die Mietpreise in allen Bereichen zu verringern. Dabei ist eben auch die Stadtbau ein zentrales Instrument für eine zukunftsfähige soziale Wohnungspolitik in Regensburg. |
| **Linke** | ja | ja |
| **FW** | ja | ja |
| **BSW** | ja | Ja, unbedingt. Allerdings bleibt eine solche Forderung wohlfeil, wenn sich Parteien nicht zugleich für eine vernünftige finanzielle Ausstattung der Kommunen einsetzen. Derzeit ist es schwierig, einen genehmigungsfähigen Haushalt in Regensburg aufzustellen, die finanziellen Belastungen steigen, z. B. im Sozialbereich, während gleichzeitig die Wirtschaft kriselt und Gewerbesteuereinnahmen fehlen. Dringend benötigte Bundesmittel fließen in eine gigantische Aufrüstung, denn Sicherheit wird ausschließlich in militärischer Stärke gesucht. Die moralische Blockade verhindert direkte Verhandlungen mit Russland und den Start neuer Abrüstungsverhandlungen mit Rüstungskontrollverträgen, die gegenseitige Inspektionen beinhalten. So geraten wir immer weiter in eine Rüstungsspirale, denn Russland und China werden nachziehen.<br>Wir müssen statt dessen zurück zum Konzept der ungeteilten kollektiven Sicherheit im Sinne der UN-Charta, der KSZE-Schlussakte von Helsinki und der OSZE-Sicherheitscharta von 1999.<br>Wer heute ein deutlich stärkeres Engagement der Kommunen beim Wohnungsbau fordert, darf diesen Zusammenhang nicht ausblenden. 3-5% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsausgaben würden ca. 30 -45 % des Bundeshaushalts binden. |
| **RIBISL** | ja | Ja. Ausserdem soll die Evangelische Wohltätigkeitsstiftung darf keine Wohn-Immobilien mehr am freien Markt verkaufen dürfen und schon gar nicht ohne Gutachter! Städtische Stiftungen sollen besser mit Genossenschaften und der Stadtbau zusammenarbeiten als z.B. mit dem IZ. |